

Kinderarmut – Bildungsarmut?

3. AWO-ISS-Studie abgeschlossen

Seit 1997 erforscht das ISS-Frankfurt a.M. im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt die „Lebenslage und Zukunftschancen von (armen) Kindern in Deutschland“ (inzwischen als AWO-ISS-Studien zitiert). Um das Phänomen „Kinderarmut“ zu definieren und in seinen Konsequenzen darzulegen, wurden in drei Phasen theoretische und empirische Grundlagenarbeiten geleistet.

Der Focus der 1. Studie lag auf der Entwicklung eines kindgerechten Armutsbegriffes sowie einer breit angelegten Erhebung zu Lebenssituation, Formen und Auswirkungen von Armut im frühen Kindesalter. Die 1999 durchgeführte Befragung zu rund 900 sechsjährigen Kindern ist nach wie vor die quantitativ umfangreichste Arbeit zur Thematik „Armut im Vorschulalter“. 2001 folgte im Rahmen der 2. Studie eine vertiefende Analyse zu Lebenssituation und Perspektiven von (armen) Kindern im frühen Grundschulalter, durch Befragung ausgewählter Gruppen der ersten Untersuchung. Mit der 3. Studie und der darin 2003/04 realisierten Wiederholungsbefragung, nun am Ende der Grundschulzeit, ist erstmals eine längsschnittliche Betrachtung der Entwicklungsverläufe von 500 armen und nicht-armen Kindern zwischen Kindergarten und weiterführender Schule möglich.

Die Leitfrage aller Studien lautete: Was kommt unter Armutsbedingungen beim Kind an? Darauf ausgerichtet wurde ein neuer Ansatz kindbezogener Armutsforschung entwickelt, der Elemente des Ressourcen- und des Lebenslageansatzes miteinander verknüpft, konsequent die Kindperspektive berücksichtigt und die Mehrdimensionalität von Armut durch einen Vergleich der Situation von armen und nicht-armen Kindern darlegt.

Armut zeigt sich ab frühester Kindheit und wirkt langfristig. Neben der sozialen Integration werden besonders die Bildungschancen armer Kinder beeinträchtigt. Diese auch in PISA und aktuell erneut in PISA-E belegte Erkenntnis zeigt sich nicht erst bei Fünfzehnjährigen, sondern bereits bei Sechsjährigen. Sie ist keine Momentaufnahme, sondern das Ergebnis eines Prozesses, der bereits in der KiTa-Zeit erkennbar ist und

Liebe Leserin, lieber Leser,



fast am Ende des politisch turbulenten Jahres angekommen, möchten wir uns an dieser Stelle bei unseren KundInnen, unseren

PartnerInnen und denjenigen, die mit unserem Institut verbunden sind, ganz herzlich bedanken. Wir wünschen Ihnen bereits heute ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr und freuen uns, gemeinsam mit Ihnen auch zukünftig die Ausgestaltung der sozialen Arbeit weiterzuentwickeln. Wir wünschen Ihnen wie immer viele Anregungen für Ihre eigene Arbeit.

Ihr
Hans-Georg Weigel

in der Grundschulzeit massiv verstärkt wirkt. Aufgrund der Ergebnisse aller drei Studien muss es künftiges Ziel für Politik und Praxis sein, der Prävention ab Schwangerschaft und der Frühförderung ab Geburt uneingeschränkter Vorrang zu geben. Insbesondere die Bildungs- und Betreuungssysteme sind gefordert, der Armutsproblematik in ihren Konzepten, Angeboten und Maßnahmen adäquat Rechnung zu tragen. Ansätze dazu werden bereits vor Ort erprobt, diese und weitere gilt es bundesweit in die Regelpraxis zu übertragen. Fakt ist: Beeinträchtigungen und Auffälligkeiten der Kinder lassen sich (frühzeitig und langfristig) vermeiden. Erforderlich ist ein außerfamiliäres Engagement im Zusammenspiel von Familie, sozialem Umfeld und Gesellschaft sowie entsprechender politischer Rahmensetzungen auf allen föderativen Ebenen. ■

Ansprechpartnerin im ISS:
Gerda Holz, Tel.: 069 957 89-131
E-Mail: gerda.holz@iss-ffm.de



Schreibwerkstätten jetzt auch
als e-learning-Angebot!

Das ISS-Frankfurt/M. bietet seine erfolgreichen Schreibwerkstätten für fachjournalistisch und belletristisch orientierte SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen jetzt im elektronischen Internet-Dialog an.

Dr. Sabine Gieschler und Prof. Dr. C. Wolfgang Müller (beide an der TU Berlin) stellen zehn unterschiedliche Handreichungen zum professionellen Schreiben ins Internet und erbitten von den TeilnehmerInnen mindestens vier Texte zu unterschiedlichen Themen und in unterschiedlichen Textarten. Diese Schreibproben werden individuell gelesen, kommentiert und bei Bedarf korrigiert. Den Abschluss bildet eine zweitägige Arbeits- und Präsentationsphase im ISS-Frankfurt a.M. Der Arbeitsaufwand beträgt ca. zehn Tage im Sommer (KURS I: i.d. Zeit von 1.4.2006 - 30.6.2006) bzw. im Winter (KURS II: i.d. Zeit von 1.10.2006 bis 30.1.2007); der erfolgreiche Abschluss wird zertifiziert. Das Werkstattpaket kostet Euro 400,- und kann über steffi.kuehнемund@iss-ffm.de gebucht werden. ■

Ansprechpartnerin im ISS:
Irina Bohn, Tel.: 069 957 89-158
E-Mail: irina.bohn@iss-ffm.de

Unser Fortbildungsprogramm 2006 kann unter info@iss-ffm.de bestellt oder unter www.iss-ffm.de heruntergeladen werden.



Antidiskriminierungsgesetz

Im Jahr 2000 verabschiedete die Europäische Gemeinschaft die Richtlinien „zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der ‚Rasse‘ oder der ethnischen Herkunft“ (2000/43/EG) und „zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“ (2000/78/EG). Die Mitgliedsstaaten waren aufgefordert, diese Richtlinien bis 2003 in nationales Recht umzusetzen. Ziel ist es, eine europaweite Gesetzeslage zu schaffen, die jedem Menschen unabhängig von seiner Herkunft oder seinem Aufenthalts- und Beschäftigungsort ein Recht auf Fairness und Gleichbehandlung garantiert. Die Schaffung wirksamer Antidiskriminierungsgesetze ist ein zentraler Schritt auf dem Weg in Richtung Gleichbehandlung. Der gesetzliche Umsetzungsprozess verlief und verläuft in den EU-Mitgliedsstaaten in unterschiedlichem Tempo.



Bis heute ist diese Umsetzung in Deutschland noch nicht vollzogen. Die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung um ein Antidiskriminierungsgesetz gestaltet sich hierzulande kontrovers. Es bestehen Bedenken insbesondere seitens der Wirtschaft. Befürchtet werden zumeist Belastungen für mittelständische Unternehmen und Betriebe. Die Realisierung und Wirksamkeit eines solchen Vorhabens ist jedoch auf einen tragfähigen gesellschaftlichen Mindestkonsens angewiesen, der alle wichtigen Akteure einschließt.

Aus diesem Grund sind Aktivitäten und Maßnahmen erforderlich, die diesen Konsensfindungsprozess voranbringen und das Gesetzgebungsverfahren aktiv begleiten. Mit dem EU-Projekt „Integration fördert Arbeit“, gefördert von der EU-Kommission und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, begleitet das ISS-Frankfurt a.M. den Umsetzungsprozess auf drei Ebenen: Eine Good-Practice-Projekt-recherche und deren Präsentation auf einer eigens einzurichtenden Website, macht der Öffentlichkeit und den Entschei-

dem entsprechende Informationen zum Thema zugänglich. Zwei geplante Workshops und eine abschließende Fachtagung bieten der Fachöffentlichkeit und den Akteuren aus mittelständischen Unternehmen Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch mit Akteuren aus anderen EU-Mitgliedsstaaten, in denen bereits positive Erfahrungen mit der Umsetzung vorliegen. Außerdem ist

ein Unternehmenswettbewerb vorgesehen, der nationale Beispiele guter Umsetzungen ermittelt und prämiiert. Das Projekt leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der deutschen Diskussion.

Mittels der geplanten Maßnahmen wird die Öffentlichkeit auf nationaler Ebene eingebunden und ein demokratischer Verständigungsprozess in Gang gesetzt. Angesichts der Krise im Zuge der negativen Abstimmungen zur EU-Verfassung bestehen über die geplanten Maßnahmen hinaus essentielle Querverbindungen zu anderen Meinungsbildungsprozessen. Die Beförderung der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie in nationales Recht und deren Verankerung auf Basis eines breiten gesellschaftlichen Konsenses wird somit zum Bestandteil der Beförderung des europäischen Gedankens im Allgemeinen und schafft dadurch einen ideellen Mehrwert für das weitere Zusammenwachsen Europas. ■

Ansprechpartner im ISS:
Dr. Thomas Kunz, Tel.: 069 957 89-154
E-Mail: thomas.kunz@iss-ffm.de



Wohin steuert das soziale Europa?

Der Begriff „Europäisches Sozialmodell“ (ESM) – häufig mit dem Schlagwort „Modernisierung des Sozialschutzes“ überschrieben – wird, nicht zuletzt auch in den Debatten um die zukünftige Ausgestaltung der Beschäftigungs-, Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftspolitik in der erweiterten EU, zur Zeit stark diskutiert. Gerade die Neuausrichtung der „Lissabon Strategie“ und die jüngsten Diskussionen um die Dienstleistungsrichtlinie haben augenfällig werden lassen, dass es bislang keinen Konsens über den Stellenwert und die Ausgestaltung des Sozialen im Rahmen des wirtschaftlichen Integrationsprozesses, d.h. der Verwirklichung der vier Binnenmarktfreiheiten in der EU, gibt.

Wenn vom ESM die Rede ist, kann damit viererlei gemeint sein:

- 1) die Vorstellung identitätsstiftender gemeinsamer Institutionen, Werte und Formen gesellschaftlicher Regulierung;
- 2) ein Idealtyp, wobei nationale Modelle und Konzepte dahingehend beleuchtet werden, inwieweit es ihnen gelingt, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit der Verwirklichung einer gesellschaftlich als gerecht empfundenen Verteilung von Einkommen und Chancen zu verbinden;
- 3) ein europäisches Projekt, das der EU die Rolle zuweist, Politik mit dem Ziel eines hohen gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Verminderung von Armut und Ausgrenzung europaweit zu koordinieren sowie Sozialdumping zu verhindern;
- 4) ein politisches Projekt, das darauf zielt, auf EU-Ebene länderübergreifend tragfähige Lösungsansätze für sozialpolitische Probleme zu entwickeln, Investitionen in Bildung, Arbeitsmarktreformen (hin auf „Flexicurity“ und Aktivierung) und partizipative Verfahren fokussierend.

Zur Beschreibung des ESM werden häufig die allen 25 Gesellschaftsmodellen und Sozialschutzsystemen in der EU gemeinsamen Elemente herausgearbeitet: das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, die Auffassung, dass gemeinwohlorientierte Dienstleistungen nicht ohne staatliches Dazutun (Regulierung; Finanzierung) bereitgestellt werden können, das Subsidiaritätsprinzip, die Existenz und Gewährleistung sozialer Rechte, der soziale Dialog im Rahmen von Sozialpartnerschaft und der Dialog mit der Zivilgesellschaft. Diesen „Markenzeichen“ liegen verbindende Werte – wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung,



ung, Minderheitenschutz, Solidarität und soziale Teilhabe – zugrunde, welche die Grundlage für politische, wirtschaftliche und soziale Grundrechte bilden. Aus den Rechten lassen sich Prinzipien wie Nichtdiskriminierung, Chancengleichheit, aktiv gestaltete gesellschaftliche (Wieder-) Eingliederung und die Möglichkeit der Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben für die Ausgestaltung der nationalen Sozialschutzsysteme ableiten.

Die Beobachtungsstelle hat in Kooperation mit dem BMFSFJ Anfang November in Berlin eine internationale Konferenz zum Thema veranstaltet, weitere Informationen erhalten Sie unter www.soziale-dienste-in-europa.de. ■

Ansprechpartner im ISS:
Mathias Maucher, Tel. 069 957 98-175,
E-Mail: mathias.maucher@iss-ffm.de

LOCIN+ Datenbank online gegangen

Im Internet war sie schon länger erreichbar – jetzt ist im September LOCIN+ im Rahmen einer Schlusskonferenz in Brüssel offiziell vorgestellt worden. Es handelt sich dabei um die Weiterentwicklung einer bereits 1996 durch die EU-Kommission eingerichteten Datenbank für lokale Initiativen zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung (LOCIN). Koordiniert vom Europäischen Netzwerk zur Bekämpfung von Armut (EAPN) waren sechs nationale Partner an der Umsetzung beteiligt. Einen hohen Stellenwert hatte die Beteiligung von betroffenen Akteuren, vor allem aus der konkreten Projektarbeit und Wissenschaft. Die Datenbank ist unter www.locin.info frei zugänglich und bietet einen Überblick zu nationalen Aktivitäten im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Das ISS-Frankfurt a.M. war an der Projektumsetzung direkt beteiligt und hat im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt das Datenmaterial für Deutschland aufbereitet. Zur Zeit wird im Rahmen der EAPN die inhaltliche und regionale Ausweitung des Projektes diskutiert. Hier ergeben sich interessante Schnittstellen zum Projekt „Infobörse – Teilhabe und soziale Ausgrenzung“, das die Bundesregierung im Rahmen ihrer europäischen sozialpolitischen Aktivitäten auf den Weg gebracht hat. Zentrales Anliegen ist neben einer Bestandsaufnahme von Projekten gegen Armut und soziale Ausgrenzung, vor allem die Förderung wechselseitiger Lernprozesse durch die Verbreitung von Best-Practice-Beispielen. Das ISS-Frankfurt a.M. ist mit der Projektdurchführung beauftragt. Die Ergebnisse des Projektes werden Anfang 2007 vorliegen. ■

Ansprechpartner im ISS:
Dr. Jürgen Boeckh, Tel.: 069 95789-138,
E-Mail: juergen.boeckh@iss-ffm.de



Unternehmen als „gute Bürger“ – Eine Perspektive für die Wohlfahrtsverbände

Die Diskussion um die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen beschränkt sich auch in Deutschland nicht alleine auf Kritik („Heuschrecken“). Immer mehr Unternehmen entdecken für sich Möglichkeiten und Nutzen einer „guten Bürgerschaft“ (Corporate Citizenship). Das ist um so mehr zu begrüßen, als dass für den Umbau des Sozialstaates die Debatte um eine neue Balance zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unumgänglich ist. Welche Chancen ergeben sich hieraus für die Wohlfahrtsverbände?

Unternehmen sichern die Grundlagen ihrer eigenen Existenz, wenn sie zum Abbau gesellschaftlicher Probleme und zur Weiterentwicklung des sozialen Umfeldes beitragen. Diese Erkenntnis kommt insbesondere im unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement (Corporate Citizenship) zum Ausdruck. Hierbei geht es um mehr als Spenden und Sponsoring (Corporate Giving). Verbreitet ist die Ermöglichung und Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements von Firmenangehörigen (Corporate Volunteering) durch die Bereitstellung von Infrastruktur oder auch die Freistellung von MitarbeiterInnen. Wenn Firmenangehörige in befristeten Einsätzen zum Beispiel Spielplätze oder Schulen in Schuss bringen, kann das der Anstoß für fortdauerndes Engagement sein.

Es stellt sich hierbei die Frage, welche Synergieeffekte von Leistungen der Wohlfahrtsverbände und unternehmerischem Engagement möglich sind. Zunächst bietet sich an, Freiwillige aus Unternehmen in Einrichtungen der Wohlfahrtspflege einzubinden, zum Beispiel zur Qualifizierung von Führungskräften aus der Privatwirtschaft durch befristete „Seitenwechsel“ (siehe www.seitenwechsel.com) in die Welt der sozialen Dienste (bspw. im Pflegebereich oder Jugendhilfe). Das ermöglicht auch jenseits öffentlicher Finanzierung eine Anreicherung des Angebots sozialer Dienste. Ebenso könnte die Wohlfahrtspflege mit ihrer fachlichen Expertise eine ‚Scharnierfunktion‘ in der Anbahnung von Kooperationen der Privatwirtschaft mit Dritten übernehmen. Ein Beispiel hierfür sind die aus dem angelsächsischen Raum bekannten Programme im Rahmen von Unternehmensstipendien für begabte, sozial benach-



teiligte Jugendliche, in denen Firmenangehörige Jugendlichen auf ihrem Bildungsweg als MentorInnen zur Seite stehen. Hier können Wohlfahrtsverbände zwischen Schulen und Unternehmen vermitteln, Partnerschaften managen und die Beteiligten beraten.

Mit Corporate Citizenship eröffnen sich für die Wohlfahrtsverbände demnach über ihre eigenen Leistungen hinaus neue Tätigkeitsfelder, um sich als zivilgesellschaftliche Akteure zu positionieren. Voraussetzung hierfür ist, dass sich die Wohlfahrtspflege gegenüber Selbsthilfeorganisationen öffnet und diese als potenzielle Kooperationspartner in einem trisektoralen Setting der zivilgesellschaftlichen Ausgestaltung vor Ort befreit. ■

Ansprechpartner im ISS:
Dr. Ludger Klein, Tel. 069 957 98-135,
E-Mail: ludger.klein@iss-ffm.de

Freiwilligendienste und Interkulturalität

Am 12. und 13. Oktober fand in Berlin die gemeinsame Jahrestagung des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der bundeszentralen Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung der Freiwilligendienste statt. Sie stand in diesem Jahr unter der Themenperspektive „Interkulturalität“ und wurde vom ISS-Frankfurt a.M. organisiert.

Die Vermittlung interkultureller Erfahrung ist im Gesetz zur Förderung eines FSJ ausdrücklich formuliert. Das Thema, auf gesetzlicher und programmatischer Ebene explizit verankert, spielt bei den Trägern der Freiwilligendienste in der Praxis bereits eine wichtige Rolle. Es ging folglich nicht darum, die Relevanz von Interkulturalität oder die Notwendigkeit einer Beschäftigung mit der Thematik im Allgemeinen zu begründen.

Ziel der Tagung war es, maßgebliche Positionen, bisherige Erfahrungen und Aktivitäten der Träger von Freiwilligendiensten sowie den derzeitigen Stand zum Thema Interkulturalität bzw. interkultureller Öffnung in den Freiwilligendiensten zu ermitteln und zu vertiefen sowie Handlungsperspektiven zu diskutieren und künftige Handlungsfelder aufzuzeigen.

Hierbei fand zugleich Berücksichtigung, dass Freiwilligendienste nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland erbracht werden können bzw. interessierte junge Freiwillige aus dem Ausland ein freiwilliges Jahr in Deutschland leisten können. Mit Blick auf das Migrationsgeschehen in Deutschland bestand ein weiterer Anknüpfungspunkt in Bezug auf die Debatte um neue Integrationsangebote.

Der lebhaft verlaufene Tagung, an der mehr als 70 VertreterInnen der bundeszentralen Träger der Freiwilligendienste teilnahmen, zeigte, wie groß das Interesse und der Diskussionsbedarf bei den Trägern, und wie vielfältig die bis heute bereits unternommenen Ansätze sind. ■

Ansprechpartner im ISS:
Dr. Thomas Kunz, Tel.: 069 95789-154,
E-Mail: thomas.kunz@iss-ffm.de



Resilienz: Was Kinder aus armen Familien stark macht

Die Lebenslagen von Kindern in Armut sind von zahlreichen Unsicherheiten und Deprivationen geprägt, die nicht selten ihre Entwicklung dauerhaft negativ belasten. Aber diese Befunde gelten nicht für alle Kinder: Trotz erhöhter Entwicklungsrisiken wachsen auch einige von ihnen zu kompetenten und stabilen Persönlichkeiten heran. Dieses Phänomen wird aktuell unter dem Begriff "Resilienz" diskutiert. Zentral geht es hierbei um die Frage, was Kinder "stark" macht und über welche grundlegenden Ressourcen sie verfügen, um schwerwiegende psycho-soziale Belastungen erfolgreich zu bewältigen.

Um diesen Blickwinkel zu verfolgen hat das ISS-Frankfurt a. M. am 13. September die Fachtagung „Resilienz: Was Kinder aus armen Familien stark macht“ durchgeführt. Die Tagung hatte zum Ziel, Informationen zur aktuellen Kinderarmuts- und Resilienzforschung sowie praktische Handlungsansätze vorzustellen und die Herausforderungen für das professionelle sozialpädagogische Handeln zu identifizieren.

Corinna Wustmann gab einen Überblick über den Begriff der „Resilienz“ und machte in ihrem Beitrag deutlich, dass insbesondere in der Erwachsenen-Kind-Interaktion eine entscheidende Basis dafür liegt, dass Kinder Bewältigungskompetenzen entwickeln können.

Dr. Andreas Schick stellte das Programm „Faustlos“ vor, das Schlüsselkompetenzen in den Bereichen Empathiefähigkeit, Impulskontrolle und Umgang mit Gefühlen insbesondere von Ärger und Wut vermittelt.

Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe präsentierte Forschungsergebnisse und forderte u.a., ganzheitliche und nachhaltige Verbundlösungen zur Daseinsvorsorge zu schaffen.

Irina Bohn informierte über das niederländische Konzept der „Vensterschools“, das kindzentrierte Angebote wie Spielgruppen, Kindergärten, Schulen, Beratungsstellen, Gesundheitsdienste, Bibliotheken, Sport- und Freizeitangebote unter einem Dach bündelt.

Prof. Dr. Insa Fooker stellte das Programm „FAST“ vor, das Kinder an der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe, Schule und Familie stärken will. Sie arbeitete insbesondere die Notwendigkeit heraus, die familiäre Kohäsion zu stärken und arme Familien in Netzwerke einzubinden.

Alexandra Sann führte in das Hausbesuchsprogramm „Opstapje“ ein, das aus einer Kombination von Hausbesuchen und Gruppentreffen besteht und der Verbesserung der Mutter- bzw. Vater-Kind-Interaktion dient.



Unter dem Blickwinkel des „Resilienzkonzeptes“ verstärkt sich die Forderung nach einer primärpräventiven Ausrichtung der Armutsprävention bei Kindern. Die Angebote sollten früh ansetzen und regelmäßige Gelegenheiten zum Erwerb von Bewältigungskompetenzen bieten. Ferner sollten sie mehrdimensional ausgerichtet sein und sowohl die Kinder, ihre Eltern als auch das soziale Umfeld in den Blick nehmen, d.h. auch sozialräumlich orientiert sein. Zentrale Forderung für die soziale Praxis ist die Sicherung von Zugängen zur umfassenden Daseinsvorsorge sowie Angeboten, die es Eltern ermöglichen, auch unter schwierigen Armutsbedingungen „gute Eltern“ zu sein. Die Tagungsdokumentation ist Ende 2005 über das ISS-Frankfurt a.M. beziehbar. ■

Ansprechpartnerin im ISS:
Irina Bohn, Tel.: 069 957 89-158
E-Mail: irina.bohn@iss-ffm.de

Lokale Ansätze zur Unterstützung von Familien

Familienfreundlichkeit ist ein anerkanntes Querschnittsthema der Politik geworden. Neben der Frage nach finanziellen Unterstützungsformen für Familien und dem Ausbau der Kinderbetreuung rücken zunehmend die Potenziale eines familienunterstützenden Dienstleistungsangebotes auf lokaler Ebene in den Fokus der Aufmerksamkeit.

Die Unterstützungsnotwendigkeit von Familien mittels passgenauer Dienstleistungen wird u.a. auch im 7. Familienbericht deutlich. Dort wird auf das Spannungsfeld von gesellschaftlichen, beruflichen und familiären Anforderungen verwiesen und die damit verbundenen Schwierigkeiten für die Familie als System in den Mittelpunkt gerückt. Zur Unterstützung in diesen Prozessen benötigt sie Zugang zu einer Vielzahl von Ressourcen, die u.a. von der Lebensphase, dem Wohnort oder den sozialen Netzwerken abhängig sind. Gerade aus dieser Perspektive kommt der lokalen Ebene eine besondere Bedeutung zu. Das ISS-Frankfurt a.M. führte im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend am 25. Oktober 2005 mit ExpertInnen aus Theorie und Praxis einen Workshop zu den Potenzialen familienunterstützender Dienstleistungen durch. Hierbei wurde u.a. die Frage nach einem optimalen Mix aus privaten, öffentlichen und gemeinnützigen Angeboten auf lokaler Ebene diskutiert. Auch die Frage, wie zu diesen Angeboten einfache (und finanzierbare) Zugänge gestaltet werden können, stand im Fokus der Diskussionen. Weitere Themenfelder waren die Frage der Qualität von familienunterstützenden Dienstleistungen und die unterschiedlichen Bedarfe in städtischen und ländlichen Regionen. ■

Ansprechpartner im ISS:
Ludger Stallmann, Tel.: 069 95789-133
E-Mail: ludger.stallmann@iss-ffm.de





Dr. Renate Breithecker,

Dr. phil., Diplom-Soziologin, seit dem 1. September 2005 im ISS-Frankfurt a.M.

Tätigkeitsbereich:

Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Qualifizierung; Bürgerschaftliches Engagement; genderspezifische Aspekte in der Sozialen Arbeit und der Sozialpolitik



Dr. Ludger Klein,

Dr. phil., Diplom-Psychologe, seit dem 4. Juli 2005 im ISS-Frankfurt a.M.

Tätigkeitsbereich: Ermöglichung und Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements unterschiedlicher Zielgruppen;

Dritter Sektor

„Familienplan Paderborn“ – ein beteiligungsorientierter Ansatz zur Kommunalplanung

Die Stadt Paderborn hat beschlossen, unter der Federführung des Jugendamtes, einen Familienförderplan in Form eines integrierten Handlungskonzeptes zu entwickeln.

Die Umsetzung eines integrierten Handlungskonzeptes erfordert die systematische und ressortübergreifende Kooperation vieler Akteure. Auf der Basis einer gründlichen Analyse bzw. Recherche zu den Lebenslagen von Familien müssen Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung entwickelt werden. Darüber hinaus müssen diese Empfehlungen mit Vorschlägen zur Umsetzung verbunden werden. Auf dieser Grundlage können dann entsprechende Vorlagen in den politischen Gremien diskutiert und entschieden werden.

Im Rahmen von sechs familienpolitisch relevanten Handlungsfeldern werden in Form von regionalen und extern moderierten Arbeitsgruppen Potentiale und Bedarfe in der Kommune identifiziert. Im gemeinsamen Diskurs werden Indikatoren für ein verbessertes Lebensumfeld für Familien sowie dazugehörige Maßnahmen und Projekte erarbeitet. Zu den familienpolitischen Handlungsfeldern gehören:

- Erziehung, Bildung und Betreuung
- Kultur und Freizeit
- Wohnen, Bauen und Verkehr
- Umwelt und Gesundheit

- Wirtschaft und Arbeit
- Sport und Erholung

Vor diesem Hintergrund liegt das strategische Ziel des Projektes darin, dass die Akteure aller relevanten Institutionen gleichermaßen sensibilisiert wie qualifiziert werden, um sich mit dem Thema „Verbesserung der Situation von Familien“ auseinander zu setzen und kreative Handlungsansätze zu entwickeln.

Die Entwicklung integrierter Handlungskonzepte und die dazugehörige ressortübergreifende Kooperation erfordert von den Beteiligten alternative Formen von Analyse, Planung und Zusammenarbeit. Entscheidend ist, dass die Arbeitsgruppen in den verschiedenen Handlungsfeldern stets berücksichtigen, dass auf der Basis des formulierten Leitbildes der Stadt Paderborn adäquate Ergebnisse und Vorschläge erarbeitet werden, die in einen gemeinsamen Förderplan einfließen.

Die Aufgaben des ISS-Frankfurt a.M. liegen darin, den Gesamtprozess zu begleiten und die Arbeitsgruppen zu moderieren. Die Ergebnisse werden systematisch dokumentiert und bewertet. Für spezifische bzw. kontrovers bewertete Lebenslagen wird das ISS-Frankfurt a.M. auch spezielle Recherchen bzw. Analysen erstellen. ■

Ansprechpartnerin im ISS:

Annegret Zacharias, Tel.: 03641 42 18 47

E-Mail: annegret.zacharias@iss-ffm.de

Impressum

Herausgeberschaft: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Zeilweg 42, 60439 Frankfurt am Main, www.iss-ffm.de.

Das ISS e.V. erhält durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn/Berlin, eine institutionelle Förderung.

Verantwortlich i.S.d.P.: Georg Weigel, Direktor

Redaktionsteam: Achim Puhl, Marina Maier;

E-Mail: achim.puhl@iss-ffm.de,

Tel.: 069 957 89-140

Gestaltung: DingeldeinDesign, 60529 Frankfurt a.M.

Druck: DruckSache Dimant GmbH, 61273 Wehrheim
Auflage: 1.700

Erscheinungsdatum: Dezember 2005

Diese Publikation kann in einer Printversion über das ISS e.V. bezogen oder als pdf-Datei unter www.iss-ffm.de heruntergeladen werden.

Seminare

Lösungs- und ressourcenorientiertes Beraten in der Sozialen Arbeit

27.-28. März 2006

Motivierende Beratung bei alkohol-, medikamenten- oder drogenabhängigen

Menschen, 24.-26. April 2006

Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe, 10.-12. Mai 2006

Anmeldungen/Infos: Steffi Kühnemund, Tel.: 069 957 89-114,

E-Mail: steffi.kuehнемund@iss-ffm.de

Veröffentlichungen

Stallmann, L.: Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Systemtheoretische Überlegungen zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule aus dem Blickwinkel der aktuellen Reformdiskussion, ISS-PONTIFEX 6/2005 (im Erscheinen)

Hamburger, F./Hirschler, S./Sander, G./Wöbcke, M (Hg.): Ausbildung für Soziale Berufe in Europa, Band 3 mit Beiträgen über Finnland, Russland, Belgien (Flandern), Frankreich, Luxemburg, Tschechien, Ukraine, Ungarn, Rumänien, Moldawien, Liechtenstein, ISS-PONTIFEX 7/2005 (im Erscheinen)